

Auszug aus der Niederschrift über die 07. Sitzung der Bürgerschaft am 30.08.2018

Zu TOP : 7.4

Stand Tourismusabgabe in der Hansestadt Stralsund

Einreicher: Michael Adomeit

Vorlage: kAF 0101/2018

Anfrage:

Wie ist der Stand der Einführung einer Tourismusabgabe in der Hansestadt Stralsund?

Herr Fürst beantwortet die Anfrage wie folgt:

Die Bürgerschaft hat am 21.09.2017 mit Beschluss 2017-VI-06-0669 folgendes beschlossen:
„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, anstelle einer Kurtaxe oder einer Fremdenverkehrsabgabe die Voraussetzungen für die Erhebung einer Kulturabgabe für Übernachtungen in der Hansestadt Stralsund unverzüglich zu schaffen.“

Daraufhin wurde durch die Verwaltung ein Entwurf für die entsprechend notwendige Satzung erarbeitet. Dieser Satzungsentwurf liegt verwaltungsintern vor.

Im Dezember 2017 wurden die Aktivitäten gestoppt, um die inzwischen aufgenommenen Verhandlungen zur Gemeindefusion mit der Gemeinde Altefähr nicht zu erschweren bzw. zu belasten.

Der Hintergrund:

Die Gemeinde Altefähr erhebt gegenwärtig eine Kurabgabe von Tages- und Übernachtungsgästen, die Hansestadt Stralsund hätte dann im Beschlussfall eine Kulturabgabe auf Übernachtungen.

Beide Abgaben sind von der Art, der Zielgruppe und der Höhe der Beträge so unterschiedlich, dass eine problemlose Zusammenführung nicht möglich ist und hätten die Fusionsverhandlungen unnötig erschwert.

Herr Adomeit fragt, warum die Bürgerschaft in solch wichtigen Angelegenheiten nicht informiert wird und wie jetzt die im Haushaltssicherungskonzept geplanten Einnahmen ausgeglichen werden.

Herr Dr. Badrow betont, dass die Hansestadt immer um Problemlösungen bemüht ist und Wege findet.

Herr Paul stellt die beantragte Aussprache zur Abstimmung:

mehrheitlich zugestimmt

2018-VI-07-0830

Herr Adomeit bittet um Klärung, ob nun so lange gewartet wird, bis Altefähr einer Fusion zustimmt.

Herr Fürst informiert über die Auffassung, dass eine Diskussion in der Bürgerschaft die Fusionsverhandlungen erschwert hätte. Er erläutert die zwei verschiedenen Sachlagen, die einer umfassenden Klärung bedürfen.

Auf die Frage von Herrn Adomeit, wie bei einem möglichen Scheitern der Verhandlungen mit der Angelegenheit umgegangen wird, berichtet Herr Fürst, dass die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen sind.

Herr Suhr hält es nicht für zielführend, gerade zum jetzigen Zeitpunkt der Verhandlungen, Informationen nicht weiterzugeben. Der Prozess der Zusammenführung sollte äußerst transparent geführt werden.

Herr Fürst teilt die Sicht der Transparenz.

Frau Steffen interessiert, ob möglicherweise seitens der Rechnungsprüfung der Hansestadt ein Fehlverhalten vorgeworfen werden könnte, wenn man nicht rechtzeitig mit der Umsetzung des Beschlusses zur Erhebung der Kulturabgabe auf Übernachtungen beginnt.

Herr Fürst teilt mit, dass die Stadt es bisher immer schaffte, diese fehlenden Einnahmen anderweitig zu kompensieren.

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i. A. König/Gremiendienst

Stralsund, 06.09.2018